



Eckhard Jesse, Systemwechsel in Deutschland. 1918/19 - 1933 - 1945/49 - 1989/90, Köln/Weimar/Wien 2010 (Böhlau Verlag), 280 S.

Der Titel ist ein *understatement*: Was Eckhard Jesse mit seinem Band „Systemwechsel in Deutschland“ vorlegt, beschränkt sich nicht auf einen politikwissenschaftlichen Vergleich der vier im Untertitel genannten Systemwechsel, die die deutsche Geschichte im zwanzigsten Jahrhundert geprägt haben, sondern es ist auch eine Bilanz der jüngeren politischen Geschichte Deutschlands anlässlich des zwanzigsten Jahrestages der Deutschen Einheit. Jesse verbindet die politikwissenschaftliche Analyse historischer Ereignisse mit der politischen Reflexion der Gegenwart und leistet damit nicht nur einen Beitrag zur Transformationsforschung, sondern auch zur aktuellen (geschichts-)politischen Diskussion. Mit einer Formulierung von Alexander Rüstow lässt sich sein Anliegen als eine „Ortsbestimmung der Gegenwart“ bezeichnen.

Einleitend stellt Jesse fest, dass es nur wenige vergleichende politikwissenschaftliche Untersuchungen der vier Systemwechsel in der deutschen Geschichte des zwanzigsten Jahrhunderts gibt, zu denen er die Revolution von 1918/19, die Machtergreifung der Nationalsozialisten 1933, die Gründung der Bundesrepublik und der DDR in den Jahren 1945 bis 1949 und die friedliche Revolution von 1989/90 zählt (Kap. 1). Die Transformationsforschung hat sich ausführlich mit den weltweiten Demokratisierungsprozessen seit den siebziger Jahren und insbesondere mit der Errichtung demokratischer Systeme in ehemals kommunistisch regierten Staaten nach 1989/90 befasst, doch die umgekehrte Entwicklung, der Übergang von der Demokratie zur Diktatur, wird in der Regel ausgeblendet (Kap. 2, S. 21). Hier ist eine Erweiterung des Blicks erforderlich, denn die vier Systemwechsel in Deutschland sind dadurch gekennzeichnet, dass sie jeweils zwischen unterschiedlichen Systemen stattfanden: 1918/19 wurde ein autoritäres, obrigkeitstaatliches, aber dennoch rechtsstaatliches System (vgl. S. 34) von einer Demokratie abgelöst; 1933 wurde die Demokratie abgeschafft und eine totalitäre Diktatur errichtet; 1945/49 wurde nach dem Zusammenbruch der nationalsozialistischen Diktatur in Westdeutschland die Demokratie wieder eingeführt, in Ostdeutschland hingegen eine erneute totalitäre Diktatur unter umgekehrtem ideologischen Vorzeichen; 1989/90 wurde letztere, die in der Ära Honecker durch eine gewisse „Liberalität“ gekennzeichnet war (S. 112), in der friedlichen Revolution gestürzt und im Rahmen der Wiedervereinigung durch die Demokratie abgelöst. Jesse behandelt zunächst ausführlich diese vier Systemwechsel (Kap. 3 bis 6), bevor er sich in weiteren vier Kapiteln ihrem Vergleich widmet (Kap. 7 bis 10) und zu einer Schlussbetrachtung kommt (Kap. 11).

Die vier Kapitel, die sich mit den Systemwechseln befassen, folgen um der Vergleichbarkeit willen alle dem gleichen Aufbau: Sie stellen zunächst die Ursachen für den Zusammenbruch des alten Systems dar, analysieren dann „Verlauf

und Phasen“ der Institutionalisierung und Konsolidierung des neuen Systems und schließen mit einer Untersuchung der „Ergebnisse und Folgen“. Der Systemwechsel von 1918/19 wird in der Literatur regelmäßig ambivalent beurteilt, weil die Weimarer Verfassung die politische Instabilität förderte und die Verfassung zu wenig Rückhalt bei den politischen Eliten genoss (Kap. 3). Jesse stimmt dieser Kritik zu, hält es aber für notwendig, sie zu relativieren; insbesondere sei es falsch, die Situation in den Jahren 1918/19 ausschließlich vom Ende der Weimarer Republik her zu deuten. 1918/19 stand die neue sozialdemokratische Regierung vor der Herausforderung, einen Bürgerkrieg zu verhindern, den insbesondere der Spartakusbund unter der Führung von Liebknecht und Luxemburg herbeiführen wollte (S. 40). Dieses Ziel wurde von der SPD erreicht – wenn auch nur um den hohen Preis einer engen Kooperation mit der militärischen Führung, die ihrerseits mehrheitlich dem alten System anhing (S. 39). An den Mängeln der Weimarer Verfassung lässt Jesse keinen Zweifel (S. 40–43), weist aber darauf hin, dass das entscheidende Manko die fehlende „Herausbildung stabilisierender Elemente in der politischen Kultur“ war (S. 40): Anders als in der Bundesrepublik waren die Demokraten in der Weimarer Republik „ungefestigt“ (S. 40 f.), und die Intellektuellen trugen ihrerseits zur Destabilisierung der Republik bei (S. 44).

Den vielfach analysierten Machtwechsel von 1933 untersucht Jesse ebenfalls aus der Perspektive der Systemwechselforschung, und darin liegt die Originalität dieses Kapitels (Kap. 4). Der Autor zeigt, dass die Kategorien der Transformationsforschung auch auf den Nationalsozialismus anwendbar sind: Der Untergang des alten Systems lässt sich mit einer Kombination der Schwächen ihrer Vertreter (z. B. der fehlenden Kompromissbereitschaft der Parteien, der unzureichenden Möglichkeit, gegen Extremisten vorzugehen etc.) und der geschickten Taktik der Nationalsozialisten erklären, wobei Jesse betont, dass in der Machtergreifung der NSDAP zu keinem Zeitpunkt eine Notwendigkeit lag. Die Institutionalisierung und Konsolidierung der Macht der Nationalsozialisten nach dem 30. Januar 1933 war eine Folge einschneidender Veränderungen des Systems, zu denen der Autor vor allem die folgenden zählt (S. 58–63): die Einschränkung der Presse- und Versammlungsfreiheit (am 4.2.1933), die Instrumentalisierung des Reichstagsbrandes vom 27. Februar 1933, die Neuwahlen vom 5. März 1933, den „Tag von Potsdam“ (21. 3.), die Verabschiedung des Ermächtigungsgesetzes (23. 3.), die Gleichschaltung der Länder (31. 3. und 7. 4.) und der Gewerkschaften (2. 5.), die gesetzliche Einführung des Einparteienstaates (14. 7. 1933).

Wie bereits bei der Analyse des Niedergangs der Weimarer Republik wird bei der Darstellung der Systemwechsel von 1945/49 ein besonderes Augenmerk auf die Rolle der politischen Parteien gerichtet (Kap. 5). In den Westzonen konnten die Parteien relativ unbelastet die Aufgabe übernehmen, an der Errichtung einer neuen politischen Ordnung mitzuwirken: Es kam ihnen hierbei „ihre radikale Ausschaltung im Jahre 1933 zugute“, denn sie hatten höchstens den Makel, dem Ermächtigungsgesetz zugestimmt zu haben, waren aber sonst nicht in die Ver-

brechen des Nationalsozialismus verstrickt (S. 83). Bei der Neugründung knüpfen die Parteien zum Teil an früheren Traditionen an (Bsp.: SPD), zum Teil wollten sie einen Neubeginn (Bsp.: CDU und CSU, die das Manko der rein katholischen Ausrichtung der Zentrumsparterie überwinden wollten; S. 84 f.). In der Sowjetischen Besatzungszone war die Lage bekanntlich eine ganz andere: Nachdem im Juni 1945 zunächst die Bildung von Parteien zugelassen wurde, kam es ab 1946 zu einem Prozess der Gleichschaltung unter dem Vorzeichen des Kommunismus (S. 86). Auffallend an diesem Kapitel ist, dass Jesse die Entwicklung in den Westzonen und in der Ostzone parallel behandelt und sich nicht einseitig auf den Systemwechsel im Westen konzentriert. Dadurch unterstreicht er einen wichtigen Aspekt dieser Systemwechsel, der später im Buch noch stärker betont wird: Sie leiten die Nachkriegsphase ein, die im Grunde erst mit der Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990 abgeschlossen wurde.

Der Systemwechsel von 1989/90 nimmt mit Abstand den größten Raum ein (Kap. 6): Die Darstellung soll mit der Nähe zur Gegenwart ausführlicher werden, weil die Systemwechsel miteinander verflochten sind (S. 12). Die friedliche Revolution bedeutete eben nicht nur das Ende der DDR, sondern auch die Verwirklichung einer rechtsstaatlichen Demokratie in Deutschland, die bereits mit der Weimarer Verfassung angestrebt worden war. Bei der Analyse des Untergangs der DDR vertritt Jesse die plausible These, dass sie nicht an ihrer Starrheit gescheitert ist, sondern dass die Diktatur nur wegen ihrer Starrheit bis 1989 aufrechterhalten werden konnte (S. 117): Das System war nicht reformierbar; jede Form von Liberalität unterhöhle das Regime. Das wird u. a. an den Ausreisearträgen deutlich: Jede Erhöhung der Zahl der bewilligten Ausreisen „führte nicht zum Verschwinden des Unruhepotenzials, sondern zog weitere Ausreisearträge nach sich.“ (Ebd.) Bei der Darstellung der Phasen der Revolution und der Wiedervereinigung wird wiederum die Rolle der Parteien hervorgehoben. Im Ergebnis betont der Autor, dass die Revolution von 1989 ein Ruhmesblatt der deutschen Geschichte darstellt, ihr Preis aber eine unzureichende Delegitimierung des Kommunismus war: „Die Delegitimierung des Kommunismus ist jedenfalls in Deutschland nur halbherzig gewesen, die seiner Vertreter bis heute ausgeblieben.“ (S. 145)

Die folgenden vier Kapitel befassen sich mit der komparativen Analyse der Systemwechsel. Zunächst werden die vier Systemwechsel nach ihrer Charakterisierung, der Intensität des Wechsels, der historischen Determiniertheit, dem Verhältnis externer und interner Faktoren, der Rolle extremistischer Kräfte usw. miteinander verglichen (Kap. 7). Hinsichtlich der Frage der Bewertung der vier Systemwechsel hält der Autor fest, dass es heute in der Bundesrepublik ein hohes Maß an Übereinstimmung gibt: „Das ist ein beredtes Zeichen für den Wandel der politischen Kultur.“ (S. 172) Kapitel 8 vergleicht dann die politischen Systeme, die aus dem Systemwechsel hervorgegangen sind: die beiden Diktaturen (Drittes Reich und DDR), die beiden Demokratien (Weimarer Republik und Bundesrepublik) sowie die Demokratie der Bundesrepublik mit

der Diktatur der DDR. Wiederum wird hervorgehoben, dass der Unterschied zwischen der Weimarer Republik und der Bundesrepublik weniger in der Verfassungsordnung liegt, als vielmehr in der politischen Kultur: Die Bundesrepublik zeichnet „ein hoher demokratischer Basiskonsens“ aus (S. 181) – doch „ist die ‚Erosion der Abgrenzung‘ (Wolfgang Rudzio) zwischen Demokraten und linkem Rand ein Menetekel“ (S. 181).

Ergänzt wird der Systemvergleich um den zwischen der Bundesrepublik vor und nach der Wiedervereinigung (Kap. 9). Dieses Kapitel widmet sich vor allem der Frage, ob es berechtigt ist, die „Berliner“ von der „Bonner Republik“ zu unterscheiden. Der Autor behandelt eine Reihe von Veränderungen im politischen System der Bundesrepublik nach der Wiedervereinigung, kommt dann aber zu dem Schluss, dass das „wiedervereinigte Deutschland (...) bei allen Wandlungen keine neue Republik“ ist, sondern „eine erweiterte Bundesrepublik“ (S. 193). Kapitel 10 vergleicht die Systemwechsel noch einmal nach den Kategorien der Systemwechselforschung (Ende des alten Systems, Institutionalisierung und Konsolidierung des jeweiligen neuen Systems). Dabei zeigt sich vor allem, dass die Grundprinzipien der Rechtsstaatlichkeit, der Demokratie, des Föderalismus und des Sozialstaates sowohl die Weimarer Republik als auch die Bundesrepublik als auch die politischen Forderungen im Rahmen der friedlichen Revolution von 1989/90 prägten. Deshalb handelt es sich bei diesen Prinzipien nicht um „Importgut“, das den Deutschen nach 1945 in den Westzonen von den Alliierten oktroyiert wurde, sondern um eine eigenständige politische Tradition. Jesse folgert somit in seinem Fazit (Kap. 11): „Erst mit dem Jahr 1989/90 ist Deutschland dort wieder angelangt, wo es 1918/19 stand – mit freilich weitaus verheißungsvolleren Perspektiven.“ (S. 215)

Im Fazit werden die Perspektiven der Demokratie in Deutschland und der Umgang mit der Vergangenheit reflektiert; dabei wird noch einmal der Anspruch des Bandes deutlich, der – wie eingangs erwähnt – über einen bloßen Vergleich von Systemwechseln hinausgeht und darauf zielt, eine Bilanz der Entwicklung des demokratischen Rechtsstaates in Deutschland seit 1918 zu ziehen. Deutlich wird dabei, dass diese Entwicklung entscheidend von der Auseinandersetzung mit den fundamentalen Gegnern des Rechtsstaates und der Demokratie gekennzeichnet ist. Deshalb ist es auch heute so notwendig, sich mit der Infragestellung der grundlegenden Werte dieses Systems durch den Nationalsozialismus bzw. Rechtsextremismus und den Kommunismus auseinanderzusetzen. Wenn Gegner des Rechtsstaates und der Demokratie verharmlost werden, wird das eigene politische System relativiert. Das Beispiel der Weimarer Republik zeigt, warum dies so problematisch ist – eine Republik ist auf die grundsätzliche Zustimmung der Bürger zu ihren Werten angewiesen, und die Zustimmung bedarf der fortwährenden Auseinandersetzung mit diesen Werten und mit den Erfahrungen der Geschichte. Dazu leistet dieser Band einen wertvollen Beitrag.

*Hendrik Hansen, Universität Passau, 94030 Passau.*



*Tim B. Müller, Krieger und Gelehrte. Herbert Marcuse und die Denksysteme im Kalten Krieg, Hamburg 2010 (Hamburger Edition), 700 S.*

Dass zahlreiche emigrierte Wissenschaftler nach ihrer Flucht in die Vereinigten Staaten in den administrativen und militärischen Dienst ihres neuen Heimatlandes traten, ist bekannt. Ihre Mitarbeit wird in der Forschung häufig als Ausdruck dankbaren antifaschistischen Engagements interpretiert; für ihre wissenschaftliche Entwicklung jedoch als bloßes Intermezzo abgetan – eine Deutung, die sich insbesondere auf ihre schnelle Rückkehr an die Universitäten stützt. Tim B. Müller widerspricht dieser Interpretation in seiner bei Wolfgang Hardtwig und Gangolf Hübinger verfassten Dissertation. Am Beispiel von Herbert Marcuse – seit 1942 Mitarbeiter in den Forschungsabteilungen des amerikanischen Nachrichtendienstes Office of Strategic Services (OSS) und von 1945 bis 1951 im State Department – möchte der Historiker zeigen, dass diese Phase geringer öffentlicher Präsenz nicht nur den wissenschaftsgeschichtlichen Rückraum bot, der seinen späteren Erfolg begründete, sondern ihn schließlich zum amerikanischen Intellektuellen machte. Generalisiert ließe sich die Arbeit mit der in der Emigrationsforschung entwickelten These zusammenfassen, dass das Engagement der Emigranten in den Forschungsabteilungen maßgeblich zu ihrer Akkulturation beitrug.

Das ambitionierte Ziel der beeindruckenden Studie ist es, die intellektuellen Bedingungen und „epistemischen Strukturen“ in den nachrichtendienstlichen Forschungsabteilungen freizulegen, um zu zeigen, dass der erkenntnistheoretische „Blick“ maßgeblich von der Arbeit im OSS und State Department geprägt wurde. Müller zieht den richtigen Schluss, dass sich intellektuelle Biographien in den „Maschinenraum“ zu begeben haben, statt auf dem „Promenadendeck“ heruzustolzieren – vor allem dann, wenn es um das Verständnis von Autoren geht, die nicht im Elfenbeinturm der Universität blieben, sondern sich in politische Gebiete begaben und als gelehrte Krieger einen besonderen Intellektuellentyp im 20. Jahrhundert ausmachten. Um Marcuse in diesem Kontext zu erfassen, schildert Müller luzide formuliert und rhetorisch geschickt die politisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit linksliberaler Emigranten mit amerikanischen Wissenschaftlern in den Forschungsabteilungen der Kriegs- und Nachkriegszeit, um in einem zweiten Schritt die bislang kaum bekannte Wissenschaftsförderung durch die Rockefeller Foundation als Laboratorium zwischen politischen Planungsstellen und Universitäten für innovative Ideen zu beschreiben, die schließlich zum akademischen und politischen Erfolg Marcuses führten.

Seit den Publikationen von Alfons Söllner, Barry Katz, Petra Marquardt-Bigman und Christof Mauch ist bekannt, dass die Arbeit in den nachrichtendienstlichen Abteilungen mehr als eine bloße Gelegenheitsbeschäftigung war. Sie brachte brillante politische Analysen hervor, die die Forschungen der Mitarbeiter über Jahrzehnte stimulierte. Wo man die peinliche Verstrickung in geheim-

dienstliche Aktivitäten vermutet – Marcuse musste sich später verteidigen, er sei ein CIA-Agent gewesen – findet sich im besten Sinne das, was man „Intelligence“ nennt. Müller, der den Fokus auf die Nachkriegsentwicklung legt, beschreibt zutreffend, dass die Experten in den Forschungsabteilungen den Kalten Krieg aus der Perspektive eines „Anti-Antikommunismus“ (Hughes) interpretierten, um dem Totalitarismusparadigma eine differenziertere Sicht gegenüberzustellen und dabei insbesondere das seit dem deutschen Überfall gestiegene sowjetische Sicherheitsbedürfnis hervorhoben. Ziel ihrer Argumentation war eine Politik der Koexistenz, die dem „european theatre“ ein gewisses Maß an Selbstständigkeit zubilligte und sogar mit der Idee der Neutralität eines wiedervereinigten Deutschlands operierte.

Unabhängig von der unumstrittenen Qualität der Studien stellt sich die Frage nach der politischen Reichweite dieser Deutung: Während Söllner von der politischen Ohnmacht der Forscher sprach, zeigten Katz und Marquardt-Bigman, dass politische Gestaltung schlicht nicht ihr Auftrag war und der Frust der Forscher aus dem Missverständnis resultierte, sie könnten in außenpolitische Planungen eingreifen. Müller hingegen geht einen Schritt weiter: Er zeichnet Marcuse als geschätzten global orientierten Kommunismusaufklärer, der als „Kreml-Astrologe“ (180) bis ins Weiße Haus Gehör fand und die strategischen Überlegungen der USA in Europa und Asien mit beeinflusste und es sogar schaffte, die ideologische Grundlage des Kalten Krieges (National Security Council Report 68) in seinem Sinne zu reformieren. An solchen Stellen wird Müllers Emphase recht plastisch: Denn NSC-68 folgte der antikommunistischen Konzeption von Paul Nitze, während der Einfluss der gemäßigten Deutung kommunistischer Außenpolitik angesichts des Februarsturzes in der Tschechoslowakei, der sowjetischen Atombombe und des eskalierenden Koreakrieges ins Hintertreffen geriet. Die nachrichtendienstliche Arbeit im OSS und State Department als Erfolgsgeschichte zu schreiben, übersieht, dass die Analytiker angesichts laxer Entnazifizierungspolitik und konträrer wirtschaftspolitischer Zielvorstellungen der amerikanischen Militärregierung berechtigten Grund hatten, so schnell wie möglich an den Campus zurückzukehren.

Unbestritten ist jedoch, dass die gängigen Klischees geheimdienstlicher Arbeit als Hort des Antikommunismus falsch sind und Müllers These vom regen Interesse in den nachrichtendienstlichen Abteilungen an differenzierten Analysen über die Sowjetunion zutrifft. Im mittleren Teil des Buches, das sich maßgeblich mit der von der Rockefeller Foundation finanzierten Gegnerforschung am Russian Institute der Columbia University der 1950er Jahre beschäftigt, werden dann auch die Schwierigkeiten der R&A-Veteranen angesichts des wachsenden Antikommunismus in der McCarthy-Ära sowie der Balanceakt zwischen dem Ideal objektiver Forschung und dem Primat der nationalen Sicherheit ausführlich beschrieben. Detailliert und instruktiv charakterisiert Müller den „politisch-philanthropischen Komplex“: die Durchdringung von akademischem Milieu mit administrativen und militärischen Regierungsstellen, die zur Feindabwehr bereit

waren, Unsummen in die an die Universitäten zurückverlagerte Forschung zu pumpen, was diese etwas vor dem grassierenden Antikommunismus schützte. Zugleich zeigen die unterschiedlichen Positionierungen der einzelnen aus dem OSS und State Department stammenden Mitarbeiter gegenüber etwaigen antikommunistischen Vorwürfen, dass zwar Einigkeit darüber bestand, wie die Analyse des Feindes aussehen solle, jedoch die Feindbestimmung selbst durchaus variierte – ein Schluss, der etwas konträr zu Müllers These von der epistemologischen Forschergemeinschaft steht.

Was diese Analysen jedoch grundsätzlich von der Auftragsforschung in den Verwaltungsapparaten der Kriegs- und Nachkriegszeit unterschied, war das gesteigerte Reflexionswissen, nicht mehr bloß – zweifellos theoretisch fundiertes – empirisches Wissen zusammenzutragen, sondern in Abgrenzung vom Behaviorismus einerseits und der politischen Vereinnahmungen der McCarthy-Zeit andererseits die politische Theorie wieder in das Zentrum der politischen Analyse zu rücken. Als gelehrte Krieger, so Müller, plädierten Neumann und seine Kollegen für eine Schärfung des demokratiethoretischen Bewusstseins, was als Fortsetzung der in den nachrichtendienstlichen Forschungsabteilungen verfolgten psychologischen Kriegsführung verstanden werden kann. An dieser Einschätzung ist richtig, dass die Verarbeitung des Zivilisationsbruchs sowie die Verhinderung einer weiteren deutschen Katastrophe im Zentrum der Forschungen zahlreicher Emigranten und ihrer Schüler stand. Kann man deshalb von einer Wiedergeburt der Ideengeschichte aus dem Kreis der demokratischen Krieger sprechen? Dies mag für das Selbstverständnis von Neumann, Hughes, Gilbert, Krieger oder Schorske als Vertreter eines Zweiges der Ideengeschichte zutreffen, aber ob die heute bekannteren Ideengeschichtler Arendt, Strauß und Voegelin sich diesem Diktum anschließen würden, erscheint eher fraglich. Und schließlich ließe sich auch die Frage stellen, ob nicht die von Müller postulierte Politisierung der Emigranten durch die Arbeit in den Verwaltungsapparaten etwas vielschichtiger zu interpretieren sei: Man denke an Neumanns bekannten Ausspruch „Mein Bedarf an Weltgeschichte ist gedeckt“ von 1933 oder an Kirchheimers Spott über die fehlende Proportionalität zwischen Aufwand und Erfolg administrativer Auftragsforschung, die allein von ihrer bürokratischen Proliferation zehre. Vor diesem Hintergrund könnte die Wende zur Ideengeschichte auch als Absage an ein operatives Wissen als Element der psychologischen Kriegsführung interpretiert werden.

Der letzte Teil widmet sich ausführlicher Marcuse, der seine in den nachrichtendienstlichen Forschungsabteilungen angefertigten Analysen als Vorstudien für „Soviet Marxism“ nutzen konnte. Gegen die Totalitarismustheorie und den Behavioralismus gerichtet schreibt er dieses „Manifest der Entspannungspolitik“ und folgt damit den Interpretationen, wie sie im State Department und Russian Institute an der Columbia University formuliert wurden: Statt einer kommunistischen Weltverschwörung müsse durch ideologiekritische und ideengeschichtliche Studien auf immanente Gegensätze im Marxismus-Leninismus hingewiesen

werden; die soziologische Beschreibung der gesellschaftlichen Wirklichkeit müsse Primat vor der übernommenen Selbstbeschreibung als geschlossenes System haben. Die Sowjetunion war in dieser Perspektive kein monolithischer Block, sondern wies immanente Widersprüche auf, die Ansatzpunkte für Reformen boten, wenn sie mittels psychologischer Kriegsführung und diplomatischer Entspannung genutzt würden. Müller kommt hier klar das Verdienst zu, Marcuses unterschätztes Werk in den Kontext der amerikanischen Kommunismusforschung zu stellen. Wie sehr der Autor mit seinem Sujet sympathisiert, wird auch hier greifbar: Zwar ist Marcuses These von den Liberalisierungstendenzen in der Sowjetunion im Jahr 1958 durchaus plausibel, jedoch ist der von Müller gezogene Schluss, Marcuse habe deshalb die Reformen der 1980er Jahre vorhergesehen, dann doch zu pauschal. Provozierender dürfte jedoch Müllers These sein, dass nicht nur Marcuses Kritik am totalitarismustheoretischen Paradigma ein liberaler Kern innewohne, sondern auch seine späteren Schriften „Eros and Civilization“ und „One-Dimensional Man“ Teil des amerikanischen Liberalismus seien – eine sehr gewagte These, wenn man Marcuses Essay „Repressive Tolerance“ kennt.

Unabhängig von solchen Überzeichnungen gelingt es Müller ausgezeichnet, das intellektuelle Milieu derer zu beschreiben, die ein Unbehagen am Konsensliberalismus des Kalten Kriegs verspürten. Überzeugend ist auch, dass sich zahlreiche Linksintellektuelle nach dem Weltkrieg weiterhin an der New Deal Ära orientierten, sich jedoch seit Ende der 1950er Jahre in der Bürger- und Friedensbewegung als linke Opposition innerhalb und außerhalb der Kennedy-Administration positionierten, von der sie sich mit der Eskalation des Vietnamkrieges immer weiter entfremdeten. Richtig ist auch, dass Marcuse nur aus einer deutschen Perspektive, die (Außen)Politik der USA und deren akademische Kultur miteinander identifiziert, als intellektueller Außenseiter erscheint und den von Müller ausführlich geschilderten universitären Resonanzraum übersieht. Das Plädoyer zugunsten einer Ideengeschichte als archivarische Wühlarbeit ist ebenso einleuchtend wie seine These, dass die Beschäftigung linksintellektueller Emigranten im amerikanischen Nachrichtendienst zu deren Akkulturation im amerikanischen akademischen Milieu beitrug, indem sich ihnen dort die einmalige Chance bot, umfangreiches Material zu sammeln und theoretische Debatten zu führen, welche sie für ihre spätere universitäre Karriere nutzen konnten. Darüber hinaus ist es das Verdienst der Arbeit, auch die theoretischen Impulse deutlich werden zu lassen, welche die Emigranten auf amerikanische Forschungsprogramme und junge Akademiker ausübten. Müllers Rehabilitierung der politischen Ideengeschichte vor empirischer Politikwissenschaft, Sozialgeschichte und Linguistic Turn ist nur zu begrüßen. Zu weit geht er aber mit seiner These, die nachrichtendienstliche Arbeit habe eine epistemische Gemeinschaft geschaffen: Unabhängig von der Frage, ob es so etwas wie eine epistemologische Ideengeschichte oder ideengeschichtliche Epistemologie geben könne, wird nicht geklärt, was epistemologische Gemeinschaft überhaupt meint. So



mögen sich der revolutionäre Marcuse, der sozialdemokratische Neumann, der linkssozialistische Kirchheimer, der liberale Herz und die mit der New Deal Ära oder dem Progressivismus sympathisierenden amerikanischen Intellektuellen gemeinsam gegen den Antikommunismus der 1950er Jahre gewendet haben, doch ob diese Abwehrhaltung und die Art und Weise ihrer Zusammenarbeit hinreichend ihre eigene Position beschreibt, bleibt fraglich. So ist Müllers am Ende des Buches entwickelte These, die Marcuses Sympathien für die Studentenbewegung aus seiner Mitarbeit in politischen Forschungsinstitutionen deutet, nicht nur eine drastische Reduzierung ihrer politiktheoretischen Pointe, sie unterschlägt auch, dass die weniger begeisterungsfreudigen Kollegen wie Neumann und Kirchheimer skeptischer gegenüber der neuen Jugendbewegung gewesen wären. Die ideengeschichtliche Forschung sollten eben neben den Produktionsbedingungen des Wissens stets unterschiedliche politische Prämissen und inhaltliche Differenzen herausarbeiten, die historisch auf Prägungen vor der Emigration und systematisch auf heterogene theoretische Bezüge sowie philosophische Grundannahmen verweisen. Um in Müllers Bild zu bleiben: Es ist richtig, dass sich die philosophisch erhabene Ideengeschichte auch ins Maschinendeck zu begeben hat, aber um den Kursverlauf zu bestimmen, sollten nicht nur Heimat- und Zielhafen ermittelt werden, sondern es empfiehlt sich auch, über das Deck auf die Brücke zurückzukehren.

*Frank Schale, Technische Universität Chemnitz, Thüringer Weg 9, 09126 Chemnitz.*



*Gerhard Doliesen, Polen unter kommunistischer Diktatur 1944-1956. Mit Vergleichen zur DDR, Schwerin 2010 (Gesellschaft für Regional- und Zeitgeschichte e. V. und Die Landesbeauftragte für Mecklenburg-Vorpommern für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR), 148 S.*

Die Herausforderung, der sich der Autor des Buches gestellt hat, war in der Tat groß, denn eine kompakte Analyse der polnischen Nachkriegsgeschichte zu verfassen, die nicht nur für die breite Öffentlichkeit geeignet ist und gleichzeitig die Ursprünge der Volksrepublik Polen mit der SBZ/DDR zu vergleichen versucht, ist keine leichte Aufgabe. Hinzu kommen methodologische Schwierigkeiten. Abgesehen davon, dass sich beide Länder ab 1945 zwar in einer „Schicksalsgemeinschaft“ befanden, waren sie doch extrem unterschiedlich. Nicht nur der künstliche Charakter der DDR-Gründung, sondern auch die unterschiedlichen Kulturen, Kriegserfahrungen und Traditionen beider Bevölkerungen sowie die unterschiedliche politische Lage prä-

ten ihre jeweilige Geschichte, nicht nur in den ersten Jahrzehnten nach dem Krieg. Man kann sogar die Frage aufwerfen, ob man die beiden „Volksdemokratien“ und ihre Nachkriegsgeschichte überhaupt vergleichen kann. Der Autor hat vor allem eine Arbeit über Polen geschrieben und nur am Rande seiner Abhandlung eine vergleichende Studie über die Nachkriegszeit beider Länder erstellt. Einerseits traf er damit eine vernünftige Entscheidung, weil eine vergleichende Analyse beider Volksdemokratien erst nach einem chronologisch und sachlich präsentierten Ablauf der Ereignisse in Polen einen Sinn hat. Andererseits ist der im Buch vorhandene analytische Teil deutlich zu klein im Verhältnis zum Buch als Ganzem und vor allem in Bezug auf dessen Titel. Ein Hauptkapitel sowie einige ergänzende Unterkapitel, etwa über die Konsolidierung der SED-Macht unter Ulbricht, können diese Bewertung nicht mildern. Wenn man den Titel liest, in dem eindeutig von einem Vergleich die Rede ist, erwartet man eine parallele Darstellung der politischen Entwicklung der SBZ/DDR und Volkspolen und nicht nur ein einziges vergleichendes Kapitel. Ohne den Hinweis auf einen Vergleich im Buchtitel wäre also der erste Eindruck durchaus besser, zumal es sich um eine sehr gut geschriebene Arbeit über Polen mit komparatistischen Elementen handelt.

Die Gliederung des Buches basiert auf der durchaus korrekten Annahme, dass sich der Zeitraum von 1945 bis 1956 in Polen in drei Perioden einteilen lässt: die Etablierung des sowjetischen Herrschaftssystems bis 1949, dann die Hochphase des Stalinismus und dessen Untergang, verbunden mit dem Posener Aufstand 1956, sowie die Rückkehr des zuvor entmachteten Parteichefs Władysław Gomułka an die Spitze der polnischen Staatspartei. Alle Perioden werden in insgesamt zehn Kapiteln erörtert. Nur zwei dieser Kapitel beschäftigen sich mit den Jahren 1944–1948 bzw. 1949–1955. Darin werden jedoch alle wichtigen Prozesse und Ereignisse in Polen dieser Perioden erörtert. Der Autor berichtet dann in den weiteren Kapiteln ausführlicher über die Schlüsselmomente, etwa den Posener Aufstand im Jahr 1956. Man hat trotzdem den Eindruck, dass er einige Elemente der politischen Auseinandersetzung bis 1955 hätte ausführlicher erwähnen sollen, beispielsweise die „Entfernung“ Gomułkas 1948. Der damalige Machtkampf an der Spitze der Staatspartei – ein Hauptelement der Zeit des Stalinismus, auch in anderen Ländern Osteuropas, wie z. B. der Streit zwischen Tito und Stalin zeigt – war entscheidend für die weitere Entwicklung der Volksrepublik Polen. Dem gegenüber stehen ganze Unterkapitel über das Misstrauen zwischen der polnischen und der deutschen katholischen Kirche – was zweifellos wichtig, aber nicht so entscheidend für die damalige polnische Innenpolitik war wie die Verhaftung Gomułkas. Relativ kurz ausgefallen ist auch das Kapitel über die Vertreibungen. Diese waren allerdings äußerst eng mit der Innen- und Sozialpolitik Volkspolens verbunden. In dem Zusammenhang ist hervorzuheben, dass dieses Thema äußerst taktvoll und sachlich dargestellt und nicht nur die deutsche, sondern auch polnische Sicht präsentiert wird. Nicht immer wurde dieses für beide Staaten schwierige Thema so feinfühlig behandelt.

Dank der Tatsache, dass der Autor nicht nur die neuesten polnischen Quellen und Publikationen benutzte, sondern auch eigene Archivrecherchen durchgeführt hat, gelang es ihm außerdem, der deutschen Öffentlichkeit eher weniger bekannte Thesen zu vermitteln, etwa über die Rolle der Sicherheitsbehörden beim Ausbruch der antisemitischen Krawalle in Kielce 1946 und ihre Verbindung mit dem gefälschten Referendum kurze Zeit später, dessen manipulierten Ergebnisse im Gegensatz zu der Situation in Kielce kaum Resonanz in der damaligen Weltpresse fanden.

Der Autor nimmt nicht alle Behauptungen der polnischen Forschung an. Mit Skepsis bewertet er beispielsweise die These über einen Bürgerkrieg in Polen bis 1949. Fakt ist, dass er gleichzeitig die Argumente der Gegner und Befürworter dieser These darstellt. Indem er die Vielfalt der Meinungen der polnischen Forscher über die Wahrnehmung des Berliner Aufstands 1953 in Volkspolen zitiert, trägt er, wenn auch unbewusst zum besseren Verständnis der Probleme der polnischen Historiographie nach 1989 bei, die die Bedeutung der sozialen Proteste in anderen osteuropäischen Ländern für die Lage in Polen sehr unterschiedlich bewertet.

Die Zeit ab 1949 wird vom Autor umfassend behandelt. Mehr noch. Neben der Hauptnarration fügt der Autor viele Elemente ein, die nicht nur den Text bereichern, sondern auch Defizite der komparatistischen Analyse aufarbeiten und dem deutschen Leser die volkspolnische Geschichte verständlicher machen. Die einzelnen Probleme, wie etwa die Propaganda oder die Bekämpfung der Opposition, werden anhand vieler Medien präsentiert, die im Text separat erörtert werden. So finden sich beispielsweise Fotos von handschriftlichen Notizen Stalins, der die polnische Verfassung persönlich korrigiert hat. Für die politische Bildung sind solche Illustrationen äußerst geeignet, vor allem, wenn es sich um Dokumente und Bilder handelt, die nicht ausschließlich den Alltag Volkspolens zeigen, wie z. B. politische Witze, Titelseiten von offiziellen Zeitschriften oder Briefmarken. Alle im Buch präsentierten Beispiele wurden nicht nur „national“, sondern auch „bilateral“ publiziert, d. h. neben volkspolnischen werden gleichzeitig ostdeutsche Periodika, Briefmarken usw. abgebildet. Außerdem werden auch westdeutsche Quellen und Periodika zitiert, um den Geist der damaligen Zeit besser zu vermitteln. Genauso gelungen ist die Idee, im Text Gespräche mit polnischen Wissenschaftlern oder Fragmente ihrer Werke direkt wiederzugeben und typischen polnischen Begriffen die damaligen ostdeutschen Pendanten an die Seite zu stellen, etwa „Helden der Arbeit“ usw. Der Autor ist in der Tat einer der ersten deutschen Wissenschaftler, der es gewagt hat, in einer zeitgeschichtlichen Arbeit so stark auf die Bedeutung des polnischen kulturellen Lebens der damaligen Zeit aufmerksam zu machen. Hinweise auf Persönlichkeiten wie etwa den ersten Jazz-Vermittler in Polen, Leopold Tyrmand, und dessen literarische Werke verdienen größte Anerkennung. Dass es allerdings eine direkte Verbindung zwischen dem Zeitraum 1949–56 und der Periode ab 1970 gab, was man aus den letzten zusammenfassenden Sätzen des Autors schließen könnte, ist eine zu

einfache Vermutung. Zu wenig wurde in den abschließenden Kapiteln über die Entstehung der politischen Opposition, über die Einschränkung der politischen Freiheiten ab 1958 sowie über die katastrophale Wirtschaftspolitik geschrieben. Um eine klare Verbindung zwischen den Jahren 1956 und 1970 herzustellen bzw. zu belegen, hätte man vielleicht eine vollständige Darstellung der letzten Etappe der Ära Gomułka in die Arbeit integrieren sollen.

Trotz aller Kritikpunkte gehört die Arbeit von Doliesen ohne Zweifel zu den wichtigsten Werken über Polen, die in den letzten Jahren erschienen sind. Das kleine komparatistische Kapitel, mit dem das Buch endet, ist zwar quantitativ gesehen nicht so umfangreich, wie man es sich wünschte. Trotzdem werden dort genau jene Probleme erörtert, die man in einer komparatistischen Studie in Bezug auf Volkspolen und die SBZ/DDR erwartet. Es werden nicht nur die Parteiensysteme und die Konsolidierungsschritte beider Staatsparteien verglichen, sondern auch die Parteispitze, die Oppositionsführer, ihre Verfolgung, beide Volksaufstände (1953 und 1956) sowie die Herrschaftsmechanismen mit besonderer Berücksichtigung der Staatssicherheit beider Staaten. Der Autor hat nicht nur eine sehr interessante Arbeit über Polen verfasst, sondern er gibt auch viele neue Impulse dafür, die vergleichende Forschung über die DDR und die Volksrepublik Polen weiter zu betreiben. Die Frage, ob man beide Staaten vergleichen kann, beantwortet Doliesen durch sein Buch eindeutig positiv.

*Tytus Jaskułowski, Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e. V. an der TU Dresden, 01062 Dresden.*



Hubertus Buchstein/Gudrun Heinrich (Hg.), *Rechtsextremismus in Ostdeutschland. Demokratie und Rechtsextremismus im ländlichen Raum*, Schwalbach/Ts. 2010 (Wochenschau-Verlag), 537 S.

Rechtsextremismus beunruhigt und erschüttert immer wieder die Bundesrepublik. Inzwischen gibt es nur noch drei Bundesländer, in denen es seit 1946 bzw. 1990 nie eine rechtsextreme Landtagsfraktion gab (Thüringen, Saarland und NRW). Offenbar existiert keine moderne, komplexe, dynamische Gesellschaft ohne Rechtsextremismus – mehr oder minder ausgeprägt. Die Demokratie ist auch zu Beginn des 21. Jahrhunderts kein Selbstläufer. Sie scheint fragil – zumindest latent. Gerade der starke Strukturwandel in Gesellschaft, Wirtschaft und Sozialstaat verunsichert viele Menschen. Eine „besenreine“ Demokratie bleibt Utopie. Der Soziologe Erwin Scheuch nannte Rechtsextremismus frühzeitig eine „normale Pathologie westlicher Industriegesellschaften“. Das gilt weiter.

Der Sammelband von Hubertus Buchstein und Gudrun Heinrich konzentriert sich auf den Rechtsextremismus in Ostdeutschland. Scherpunktmäßig analysiert das Buch rechtsextreme Strategien und Gegenstrategien von Demokraten in ländlichen Regionen. Dadurch gewährt es exemplarische Einblicke in die Interaktion von Rechtsextremisten und Demokraten in der ostdeutschen Provinz (Anklam, Lübbtheen, Ueckermünde). Die Fallstudien untersuchen sowohl politische und soziale Strukturen in den jeweiligen Regionen als auch Potentiale und Aktivitäten von Rechtsextremisten und ihrer demokratischen Widersacher. Zusätzlich liefern die Autoren Erfahrungen im Umgang mit Rechtsextremisten aus anderen Orten in Deutschland. So zum Beispiel aus Wunsiedel, wo sich die Stadt unter einem Bürgermeister aus der CSU mit vielen Bürgern engagiert und oft erfolgreich gegen rechtsextreme Tendenzen wehrt. Insofern verharret der Band nicht bei der Analyse, sondern liefert auch viele praktische Anregungen für demokratisches Engagement gegen Rechtsextremismus.

Über weite Strecken bestätigt der Band bekannte Befunde. So fällt es Rechtsextremisten oft besonders schwer, vor Ort erfolgreich zu sein, wenn sie dort wenig verankert sind oder gar als zugereiste Außenseiter gelten und obendrein gewaltbereit auftreten. Handelt es sich hingegen um „home grown“-Rechtsextremismus, der sich in strukturschwachen Gebieten mit Unterstützung örtlicher Biedermänner stark um soziale Probleme vor Ort kümmert und fehlende Regionalzeitungen durch rechtsextreme Postillen („Anklamer Bote“) ersetzt, kann dieser leichter politische Erfolge erringen. Besonders bedeutsam ist das Verhalten der Demokraten vor Ort, die weder politisches noch soziales Brachland entstehen lassen dürfen – so schwer das oft ist, wenn die Zahl der aktiven Demokraten vor Ort gering ist bzw. schrumpft. Doch Rechtsextremisten dürfen vor Ort weder eine Meinungsführerschaft oder Deutungshoheit erringen können, noch dürfen sie auch nur Teile des öffentlichen Raumes besetzen.

So ist es sehr hilfreich, wenn sich die Autoritäten vor Ort klar gegen Rechtsextremismus positionieren, also der Bürgermeister, Kirchenvertreter, andere angesehene Persönlichkeiten und kommunale Spitzenvertreter der demokratischen Parteien CDU, SPD, FDP und GRÜNE. Sie könnten auch einen Runden Tisch installieren, an dem die Demokraten mit Experten regelmäßig die Lage des Rechtsextremismus vor Ort analysieren und Gegenstrategien entwerfen. Wenn Rechtsextremisten lautstark demonstrieren, kann zum Beispiel der örtliche Pfarrer einen Gottesdienst ansetzen und die Glocken läuten lassen, um die Antidemokraten zu übertönen. Hilfreich sein kann es auch, wenn etwa Geschäftsleute (potentiellen) Gewaltopfern Zuflucht bieten, indem sie das Projekt „Noteingang“ initiieren oder wenn Demokraten flächendeckend vor Ort rechtsextreme Aufkleber abkratzen – gerade auch darüber könnten/sollten lokale und regionale Medien berichten.

Demokratisches Engagement konkret vor Ort kann sich aber auch darin zeigen, regelmäßiges Fußballtraining für Jugendliche anzubieten und durchzuführen oder gelegentlich öffentliche Anlagen von Müll zu befreien nach der Devise:

Zupacken statt Zuschauen. Das honorieren, wie kommunale Erfahrungen zeigen, oft viele, auch unpolitische Bürger, die sich auch durch solche Aktivitäten möglicherweise eher von Demokraten vertreten fühlen. Im Idealfall kümmern sich die Demokraten vor Ort um alle relevanten Probleme, bevor Rechtsextremisten in politische oder soziale Vakuen stoßen – also mehr agieren als reagieren. Insgesamt fügt der Band viele Mosaiksteinchen zusammen. Dadurch leistet er einen oft hilfreichen Beitrag zur Analyse des Rechtsextremismus. Ebenfalls liefert er viele gute Ideen zur demokratischen Gegenwehr.

*Harald Bergsdorf, Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen, Horionplatz 1, 40213 Düsseldorf.*